

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

263 (11.11.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postschalter 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: 41111111 Nr. 123, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die Tapalt, Kolonialzeitung od. deren Raum 30 S., Neblamen 1.-M., 30 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor.

Französische Barbarei gegen deutsche Kriegsgefangene.

Französische Barbarei gegen die deutschen Kriegsgefangenen.

Ein Appell Deutschlands an Frankreich und an die zivilisierte Welt.

Berlin, 11. Nov. Die deutsche Regierung hat Paris eine Note überreichen lassen, in der es u. a. heißt: Am 29. August wurde durch die Agence Havas amtlich mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrags, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vortrotieren und die Vorbereitungen zum Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen unbeeinträchtigt beginnen würde. Die Heimbeförderung der in amerikanischer, belgischer, englischer und italienischer Hand sich befindenden Kriegsgefangenen seit dieser Zeit ein. Die französische Regierung allein versagt den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat sich auf das Drängen der deutschen Regierung und die Fürsprache des internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen unbeeinträchtigt nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch Frankreich beginnen soll. Frankreich hat ratifiziert, noch immer warten die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf die Rückkehr der deutschen Gefangenen, ja sogar auf eine auch nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann darauf gerechnet werden kann. Auf niemanden könne diese Leiden von über 400 000 Deutschen, die zum Teil seit langen Jahren das bittere Los der Gefangenschaft tragen, den tiefen Eindruck verfehlen. Das Werk der Ermüdung und Zerstörung an Seele und Körper ist an vielen Tausenden in den seit Abschluß des Waffenstillstandes vergangenen Monaten in täglicher Erwartung des Todes vollendet worden und fordert mit jedem Tage neue Opfer. Man darf sich über die unheilvolle Wirkung nicht täuschen, die diese Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich für das Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Vertreter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden, können die französische Regierung nicht darüber im Zweifel gelassen haben, daß im ganzen deutschen Volke die Erbitterung über die Hinuschließung der Heimführung der Kriegsgefangenen aufs äußerste gestiegen ist. Das deutsche Volk laßt die Haltung der französischen Regierung, die es als eine graufame Härte empfindet, nicht verhehlen. Ein Volk, an dessen Körper durch die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen eine der schwersten Wunden künstlich offengehalten wird, vermag nach allem dem Schweren, was es erdulden mußte und noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr diese neue Belastung ertragen. Sie muß unbedingt zu einer Lähmung der Kräfte führen, die das deutsche Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Wiederaufbau, der durch den Krieg zerstört geblieben und materiellen Werte so notwendig bedarf. In der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die in ihren Folgen weit über die Grenzen unseres Landes hinausreicht, erblickt die deutsche Regierung eine schwere Gefahr. Sie hält es für ihre Pflicht, hierauf mit tiefstem Ernst feierlich vor aller Welt hinzuweisen.

Mit vollem Recht glaubt die deutsche Regierung erwarten zu dürfen, daß die französische Regierung die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt der Menschlichkeit behandelt werden kann, in entgegenkommendem Geiste löst und die Kriegsgefangenen ihrer Heimat ohne weiteren Aufschub wieder gibt.

Der Berliner Metallarbeiterstreik geht zu Ende.

Berlin, 11. Nov. Der Metallarbeiterstreik geht laut „Vorwärts“ zu Ende. Die bisher festgefundenen Abstimmungen lassen keinen Zweifel darüber. Die Streikleitung teilt das bisherige Ergebnis der Abstimmung laße erwarten, daß die Arbeitsaufnahme beschlossen werde. Alle Streikenden und Ausgesperrten werden ersucht, sich heute vormittag im Streiklokal zu melden. Die Streikleitung ist ermächtigt, in allen Betrieben die für die Wiederaufnahme der Arbeit nötigen Vorarbeiten sofort vornehmen zu lassen.

Metallarbeiterstreik im Oberelsaß.

Im Oberelsaß ist ein großer Streik der Metallarbeiter ausgebrochen. Die Streikleitung nimmt auch unter den Arbeitern der Kalibergwerke und der übrigen Industriezweige zu.

Wolfgang Heine gegen Erzberger

Berlin, 11. Nov. Privattelegramm. Wie die „B. Z.“ zu melden weiß, sagte der preussische Minister des Innern Wolfgang Heine in einer Rede zu Dessau u. a. folgendes: Die Pläne Erzbergers in der Steuerfrage machen, wenn sie reiflos verwirklicht werden, nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinden tot. Wenn so weiter regiert wird, dann bricht das ganze Reich zusammen. Erzberger hat sich für den Friedensvertrag ausgesprochen. Er muß ihn also jetzt durchführen und die Welt hernehmen, wo er kann. Welche Gemeinde hat aber noch ein Interesse daran, zu zahlen, wenn alles in den großen Topf der Entente geht und sie selbst dann zum Veltler wird? Die Bundesstaaten müssen sich mit allen Kräften gegen die Erzberger'schen Theorien wehren.

Keine Gefahr der Beschlagnahme der Sparprämien-Anleihe durch die Entente.

Wie die „B. Z.“ von zuständiger Stelle erfahren, besteht eine Befürchtung, daß die Entente das Geld der Sparprämien-Anleihe beschlagnahmen wird, nicht. Die Entente will ja kein Papiergeld von uns haben, sondern verlangt ausschließlich Gold und Waren zur Bezahlung unserer Schulden. Es befinden sich im Auslande noch 17 Milliarden Mark, die den ungünstigen Stand unserer Valuta mit verschulden.

Roske über Streiks und Weltrevolution.

Reichsminister Roske sprach in einer Versammlung der Mehrheitssozialisten. Er bemängelte, daß sich bei der Partei ein Mangel an Einsicht und Entschlußkraft bemerkbar gemacht habe. In Berlin, wo 160 000 Menschen arbeitslos seien, suchten Karren und Verbrecher durch einen mahnwichtigen Generalstreik weitere Hunderttausende auf die Straße zu setzen. Zur Finanzlage bemerkte Roske u. a.: An Finlen werden wir jährlich 10 Milliarden Mark zahlen. An politischen Rechten ist reiflos alles erreicht worden, was wir erzielten, aber mit politischen Rechten allein bringt man kein Brot auf den Tisch. Wir haben die Sozialisierung auf andere Weise eingeleitet. In diesem Winter werden dem Reichstag Gesetzesvorlagen zugehen, nach denen die großen Unternehmer mit 75 Prozent besteuert werden. Sie werden dann tatsächlich zu besser bezahlten Anstellten ihrer Betriebe. Der Minister sprach dann weiter über den Abmarsch nach links und über die reaktionären Bestrebungen, sowie über die Angriffe auf die Reichswehr. Er erklärte u. a.: Mit einer hohlen Hand kann das Deutsche Reich nicht regiert werden. In die Weltrevolution glaube ich nicht und wenn sie kommt, kann sie Deutschland nicht helfen. Eine Revolution in Amerika muß zur Folge haben, daß Millionen von Menschen bei uns mit dem Tode bedroht werden.

Keine Pässe nach England für deutsche Sozialisten.

Berlin, 11. Nov. Eduard Bernstein und einigen österreichischen Herren, die zur Teilnahme an der Hungerkonferenz nach London reisen wollten, wurde in Rotterdam mitgeteilt, daß die englische Regierung ihnen das Passibum verweigere.

Vorbereitung der Sondergerichte gegen den Schleichhandel.

Berlin. Der Reichsrat beriet über die Verordnung betreffend Sondergerichte gegen Schleichhandel und Freistreiber (Widergerichte). Die Verordnung für ist das langsame Gerichtsverfahren wesentlich ab. Das Widergericht erkennt in erster und einziger Instanz. Auf Wunsch Württemberg ist die Strafe über die Regierungsvorlage hinaus verschärft worden, sodas auf Gefängnis nicht unter drei Monaten erkannt werden soll. Eine Anregung der badischen Regierung auf schärfere Kontrolle der Postpakete und Telegramme ist bereits Gegenstand eingehender Erörterungen der Regierung gewesen. Die Verordnung wurde gegen die Stimme des Vertreters von Sachsen-Weimar angenommen.

Auch Falkenhayn macht Enthüllungen.

Berlin, 11. Nov. Das jetzt erschienene Buch des früheren Chefs des Generalstabs des Heeres v. Falkenhayn „Die Oberste Seereschlacht 114 bis 1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen“ ist, wie die „Kreuzzeitung“ und die „Tagl. Rundschau“ mitteilen, Quelle einer neuen Reihe von Enthüllungen. Die Verschiedenheit der strategischen Beurteilung kommt deutlich zum Ausdruck und ziele sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch.

Regierungskampf gegen den Streik in Amerika

Washington, 11. Nov. Der Generalanwalt hat die Verurteilung von Comper und anderen Parteiführern, die Regierung zur Zurückziehung ihres gegen die Kohlenarbeiter erlassenen Streikverbots zu bewegen mit der Erklärung beantwortet, daß die Regierung mit der Durchführung ihrer Pläne fortfahren würde, bis der Streikbesehl rückgängig gemacht ist.

Amerikas Kampf gegen den Radikalismus.

Amsterdam, 11. Nov. Das Neuterische Büro meldet aus New York: Die Razzias auf radikale Agitatoren in Groß-New York dauern fort. Es wurden über 1000 Personen verhaftet, darunter der bekannte irische Arbeiterführer Jim Larkin. Der „Grange Telegraph Company“ zufolge macht das amerikanische Justizdepartement bekannt, daß die Razzias der Beginn der Maßregeln der Regierung im ganzen Lande seien, um einen Versuch, die Regierung zu stürzen, zu vereiteln. Es werden Tausende von Personen aus Amerika ausgewiesen werden.

Die gefährliche Lage Judensüß.

St. Petersburg, 11. Nov. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Helsingfors ist die Lage des Generals Judensüß höchst gefährlich geworden. Feindliche Kavallerie operiert in seinem Rücken und er befindet sich in einem Plantagenanriff. Nach demselben Blatt überreicht „Pravda“ eine Telegrammruksland bereit ist, mit allen Weißen Frieden zu machen, außer mit den großen Grundbesitzern.

Das Urteil eines neutralen Sozialisten über Deutschland.

Der holländische sozialistische Parteiführer Bliegen hat kürzlich Deutschland besucht. Ueber seine Eindrücke, die er in Deutschland gewonnen hat, gibt er im holländischen Parteiorgan „Het Volk“ eine recht interessante und lehrreiche Darstellung. Genosse Bliegen ist von früher her ein guter Kenner Deutschlands und besonders auch der deutschen Parteiverhältnisse. Bemerkt sei noch, daß Bliegen während des Krieges uns Mehrheitssozialisten stets scharf angegriffen und der Opposition der Unabhängigen das Wort geredet hat. Umso wertvoller seine Darstellung. Er schreibt:

„Das deutsche Volk hat sein Gleichgewicht verloren. Es sieht keinen Ausweg und in seiner übergroßen Waffe hat es den Geisteszustand jemandes angenommen, der denkt: es ist nun doch alles zum Teufel, komme was will, aber laß mich selbst möglichst in Ruhe. Es ist nicht ausschließlich eine Frage von Essen und Leben; ich möchte beinahe sagen: es ist nicht in der Hauptsache Magenfrage. Menschen und Klassen, die materiell genügend versorgt sind, sind wenigstens ebenso unlogisch gegen alles und gegen alle giftig, wie der ärmste Proletarier. Es herrscht ein Geist der Feindschaft aller gegen alle. Hier weht der Wind des Bürgerkrieges, der zum Bürgerkrieg führen muß, wenn die Dinge nicht umkehren und das Vertrauen in die Zukunft nicht wiederkommt. Unter diesen Umständen ist eine starke Regierung erforderlich, die weiß, was sie will, und gestützt auf das Vertrauen der Masse oder wenigstens einer großen Masse, heilend eingreift. Aber eine starke Regierung kommt nicht dadurch zustande, daß einige tüchtige Kerle das Ruder in die Hand nehmen. Dazu ist auch eine bestimmte Gesinnung im Volke notwendig. Dies muß nicht allein das Vertrauen haben, daß die Personen gut ausgewählt sind; es muß auch den Glauben haben an die Möglichkeit, daß die Menge in Ordnung zu bringen ist. Es ist aber, als ob gar kein Volk mehr vorhanden wäre. Es gibt nur noch Individuen, die ausschließlich nur noch an sich selbst denken. Es herrscht ein Minimum von Gemeinschaftsinn und ein Maximum von Selbstsucht. Es verachtet sich von selbst, daß diejenigen, die die Mittel besitzen, um sich andere ökonomisch zu unterwerfen, diesen Zustand aufs beste ausnützen können und das nach Kräften tun. Dagegen gäbe es nur ein Rettungsmittel: eine geschlossene arbeitende Arbeiterklasse, die ihre ökonomische und politische Macht gebraucht und die gesellschaftliche Organisation und die nationale Wiederherstellung in die Hand nehme.“

Aber die geschlossene Arbeiterklasse ist nicht vorhanden. Der Geist der Anarchie geht auch unter dem Proletariat um, wider Streiks hören nicht auf, ihre Ausdehnungslosigkeit führt zu Gewalttaten, denen die Regierung entgegenzutreten muß, da die Organisationen die Menschen nicht in ihrer Hand haben. Als Hilferding auf der Luzerner Konferenz sich bitter über die Härte von Roske beklagte, fragte ihn Bernstein, was er getan haben würde, als aufrührerische Elemente daran gingen, die Bergwerke zu zerstören, wie es in Westfalen der Fall war. „Hätten Sie es geschehen lassen?“

Auf die Frage kann niemand, der auch nur eine Spur von Verantwortlichkeitsgefühl hat, eine bejahende Antwort geben. Das tat auch Hilferding nicht. Er tat so, als ob es nicht bestünde, daß man hätte Bergwerke zerstören wollen. Aber das Streikende oder gewalttätige Elemente, die sich unter sie mengten, bereits mit solcher Herfindung begonnen hatten, stellt den Fall außer Zweifel. Zudem ist doch die gewalttätige Besetzung des „Vorwärts“ und anderer Festungsgebäude doch Tatsache. Sätt man die Gebäude in den Händen der bewaffneten Banden lassen, sollen?

Wie es auch sei, das Volk ist durchfressen von einem anarchistischen Geist. Dies ist zum Teil auch eine Reaktion gegen den früheren Polizeistaat. Ein Volk, das sich in einen solchen Geisteszustand befindet, duldet keine feste Regierung, oder die Regierung muß sich ihre Kraft wieder schaffen durch Unterdrückung, und das wäre dann eine Zurückkehr zu dem früheren Zustand. Daß also die republikanische Regierung eine ziemlich schwache Regierung ist, liegt nicht an den Personen, sondern in der Art der Sache. Die Schwäche aber, das Gefühl der Unsicherheit, das dadurch entsteht sowohl bei der Regierung selbst wie im Volke, verursacht eine Nervosität, die schon für sich eine Gefahr ist.

Dies ist denn auch in der Tat der stärkste Eindruck, den Berlin gibt: die Stadt ist nervös. Und wie alle stark nervösen Naturen ist sie geneigt, von einem Extrem in das andere zu fallen. Die wilden Streiks sind ein Symptom davon, die krankhafte Sucht nach prideinenden Vergnügungen sind ein anderes Symptom. Die zügellose Spielwut, die Hilflosigkeit in den Spariafversammlungen, die giftige Sprache der Antifeministen, das Mißtrauen gegen jeden und jedes, die tolle Geldverschwendung auch von Menschen, die wirklich nicht über

Seite 6.
Baden!
o mutlos?
Sucht Nat
euschland
auf Zeitung
Stuttgart
e Adresse.
jen
erei
rpp
Tagen
äsche
ellen.
e:
mstr. 5.
4 n. 243.
46.
15.
4.
82.
13.
18.
18.
rasso 1.
8.
1.
n. d. 19.
19 IV, z.
ausen:
nen Bez.
Sofa mit
rohwater.
taste 12,
(50f),
7800
er
mit und
hier und
ch Ver-
bar sind,
ung stets
7637
m,
Karls-
taste 38.
fauberes
immer
Heigung
dt. Weif.
ernede,
7710
ft bei
gkeit
v. Dhr.
Aner-
München
S.W. 7.
d am
ber
7847
jen.
5.

einen unerhörlichen Geldbeutel verfügen — das alles sind Ercheinungen derselben Art.

Die Neurosit ist auch in Regierungskreisen zu Hause. Auch dort das starke Gefühl der Unsicherheit, das häufig zu Laten führt, die bei ruhiger Ueberlegung anders ausfallen würden.

Das Unangenehmste ist die Lage der Unabhängigen. Ein ausländischer Professor fragte mich einst, wie es in Holland mit der Sozialdemokratie stünde, und als ich in optimistischem Sinne antwortete, meinte er ironisch lächelnd: „Ich habe noch nie einen Politiker auf die Frage, wie es mit seiner Partei stünde, anders antworten hören, als daß es sehr, sehr gut stünde.“

Während des Krieges haben die Unabhängigen ein gutes Werk getan, ihnen kommt die Ehre zu, den Friedenswillen in Deutschland in der großen Masse unwiderrücklich gemacht zu haben. Aber nun die Zeit des Wiederaufbaues gekommen ist, formen sie keine Einheit und keine Macht.

Die Wirkungen der Hungerblockade.

Als im Laufe des Sommers 1919 der Medizinalabteilung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt Mitteilungen über ein gehäuftes Vorkommen von eigenartigen Knochenkrankungen als Folge der ungenügenden Ernährung bekannt wurden, erhielten die Regierungspräsidenten unter dem 9. August 1919 den Auftrag zu eingehendem Bericht über die einschlägigen Verhältnisse in ihrem Verwaltungsbezirk.

Seit Herbst 1917 treten unter der Bevölkerung Preußens krankhafte Veränderungen des Knochengewebes auf, die der entzündlichen Krankheit der Säuglinge und Kleinkinder (Osteomyelitis), sowie der Osteomalacie der Erwachsenen ähneln. Diese Erkrankung nimmt einen Umfang und eine Form an, wie sie bisher in Preußen nie beobachtet worden sind.

Das schlafende Heer.

Als Valentin Bräuer am Morgen nicht zu Hause war, schlug Michalina Lärm. Sie warteten auf ihn den ganzen Tag, und als er nicht kam, gingen sie an ihn zu suchen. Am Abend war er zuletzt von der Michalina gesehen worden, da suchten sie nun zuerst Peter Bräuer feste dreihundert Mark Belohnung aus; das ging fast über seine Kraft, aber war ihm der Sohn nicht tausendmal mehr wert?

Gelene von Dolefschal war eine der ersten auf Deutschau, die von des jungen Anstiedlers Verschwinden hörte. Ein lauter, entsetzter Aufschrei der Ramsell, der geltend aus der Küche zu ihr drang, als sie eben durch die Gellenderräume schritt, erschreckte sie. Was war geschehen? Schon wieder etwas? Sie fing an zu zittern.

Noch waren es kaum drei Wochen her, daß der Braune, auf dem ihr Mann zur Ansiedlung geritten, spät in der

heit hervorgeht, daß die Krankheit eine unmittelbare Folge der Hungerblockade ist — hervorgerufen durch die der Menge nach verminderte und der Güte nach verschlechterte Nahrung.

Das Hauptkennzeichen der Krankheit stellt die Altersklasse bis einschließlich des fünften Lebensjahres. Bösartig verläuft bleiben Kinder etwa vom 6. bis zum 14. Lebensjahre bezw. bis zu der Zeit, mo die Kinder ins Erwachsenenleben eintreten. Dagegen findet sich eine sehr starke Beteiligung der Jugendlichen vom 14. bis 19. Lebensjahr.

Die Krankheit bei den kleinen Kindern macht sich oft dadurch bemerkbar, daß die Kinder Schmerzen beim Bewegen oder Anfaßen ihrer Gliedmaßen oder des Rumpfes zu erkennen geben, die manchmal so stark sind, daß die Kinder beim bloßen Berühren des Körpers mit der Hand laut schreien.

Die dritte Gruppe umfaßt alle diejenigen Erkrankungen, die unter dem Bilde der bekannten Osteomalacie (Knochenverweichung) verlaufen und Personen jenseits des 35. Lebensjahres betreffen. Ein Frauenarzt in Waldenburg, Regierungsbezirk Breslau — also in einem Industriebezirk — hat häufig Frauen im klimakterischen Alter, namentlich aber ältere Schwangerer, in letzter Zeit beobachtet, die über heftige Schmerzen in der Wirbelsäule und namentlich in den Beinen klagten.

Die Berichte der Regierungspräsidenten beziehen sich nur auf eine neue Erscheinungsform des Hungerleidens. Es ist überflüssig, daneben noch einmal alle die schon bekannten anderen Krankheiten aufzuzählen, die, als Folgen der Hungerblockade, Stichtum und Tod in hunderttausenden von Fällen über unser Volk gebracht haben.

Die Absichten der Reaktion.

In Bayern sammelt sich alles, was reaktionär ist unter der Fahne der Bayerischen Volkspartei, des früheren Zentrums. Nach Mitteilungen des Münchener Unabhängigen Blattes hat nun dessen Führer Abgeordneter Gierl jüngst im Münchner Casino nach einem Gimmus auf die Verdienste des Zentrums im Kampfe gegen die Räterepublik erklärt, das Zentrum wolle jetzt die Regierung noch nicht übernehmen. Die Verantwortung für den schlechten diesjährigen Winter überlebe es noch der Sozialdemokratie.

Daß die Reaktionäre solche Gedanken und Absichten hegen, ist immer mehr offenbar geworden. Und daß die Sozialdemokratie einem solchen Kampfe bei den nächsten Wahlen entgegengeht, ist unbestreitbar. Wenn unsere Genossen ihre Pflicht erfüllen, fürchten wir diesen Kampf nicht.

Sin Genrebild.

Er. In den Erinnerungen des Grafen Czernin wird eine entzückende Szene geschildert. Am 5. Februar 1918 glichen Czernin und Ludendorff heftig aneinander, weil der letztere sich weigerte, für deutsche Anzeigensabstände einzutreten. Da erwiderte ihm Ludendorff: „Wenn Deutschland ohne Profitt Frieden macht, so hat es den Krieg verloren.“ Czernin wurde deswegen groß, und als sich die Auseinandersetzung immer mehr zuspitzte, rief ihn Hertling an und flüsterte ihm zu: „Lassen Sie ihn, wir zwei werden es zusammen machen ohne Ludendorff.“ Das Bild der Szene, wie der Kleine Hertling dem Grafen Czernin dieses Trost-

Macht ledig zurückgekommen war und mit erregtem Aufschlagen so gegen das geschlossene Hofkor gedonnert hatte, daß der Wächter nicht rasch genug hatte herbeieilen können, um dem gnädigen Herrn, der so ungeduldig mit dem Weißbrotknäuel Hofste, zu öffnen. Aber der gnädige Herr hatte nicht auf dem Gaul gesehnen. Und der alte Hoppe, in Todesangst — noch ehe man's ihr, der Frau, gemeldet — hatte sich sofort aufgemacht mit dem Wächter, um den Herrn zu suchen. Unweit des Ufja Gora, dort, wo der Weg vom Luch kommt, war er den ihn Suchenden begegnet. Aber er war gewandt gekommen, wie ein Betrunkener; sie hatten ihn führen müssen, kaum, daß sie ihn nach Hause gebracht hatten. Hektor, das sonst so sichere Tier, war gescheut vor Weiden. Die mochten wohl im Nachtwind gestillert und sich selbst am Bewegt haben, aber fast ungläublich war's doch, daß das Pferd, das so oft diesen Weg gemacht hatte, so furchtbar sein sollte! „Ein Sale sprang auf, ein Sale,“ hatte Hanns-Martin mit verlöschender Stimme gehäut.

Wärmherziger Gott, wie war er ausgerichtet gewesen! Naue, fast schwarze, blutunterlaufene Stellen überall, die Kleidung zerrissen, am Kopf eine blutende Wunde. Der Gaul mußte ihn furchtbar getreten haben! Weinend hatte Gelene diese Wunde gefühlt; er sagte gar nichts, stumm überließ er sich ihrer Sorgfalt, aber als sie ansprachen hieß, Doktor Wolinski zu holen, wurde er unruhig. Seine Hände, die schlief auf der Dede gelegen hatten, ballten sich. Es zuckte in seinem, fast bis zur Unkenntlichkeit verschmolzenen, blutunterlaufnen Gesicht. Und als sie, unsicher geworden, ob man ihn so beunruhigen dürfe, fragend den alten Hoppe ansah, der, seinen Blick von seinem Herrn verwendend, stumm am Fußende des Bettes stand, stöhnte der mit geschlossenen Augen Daliegende: „Nicht — den — Poladen — nicht!“

Gelene hatte später ihrem Manne ihr Vernehmen darüber ausgesprochen: warum denn nun auf einmal Doktor Wolinski nicht mehr? „Er würde mich vielleicht vergiften! War das ein Scherz? Dazu ward es mit einem zu bitteren Aufschauen gesagt. War es Ernst? Eine solche Ungehörlichkeit — nicht auszubedenken!“

Helene fand sich nicht zurecht in ihrem Mann, jetzt noch weniger, als schon in der ganzen letzten Zeit. Seufzen hätte sie mögen und weinen. Unwillkürlich riefte sie dem alten Hoppe näher. Der ging auch so, wie sie um den Herrn herum und schaute besorgt. Sie waachten beide, und oft glitt ein rascher Blick zwischen beiden hin und her. „Er muß fort, er muß für eine Weile fort,“ sagte Helene. Der Inspektor versprach es ihr in die Hand: ja, sorgen würde er schon für Deutschau, als sei es ihm eigen! Und dem rauhen Mann war dabei, als er das junge Weib so vor sich in Angst vergehen sah, ein Geständnis über die Lippen gekommen, dessen er sich jetzt nicht mehr schämte: jetzt erinnerte er sich, was er diesem „hochmütigen Aristokraten“ zu danken hatte. Wie der einst ein Gefühl für ihn gehabt, so hatte Hoppe jetzt hundert Gefühle für seinen Herrn, schon um der Frau und um der Knaben — ja, um der Knaben willen! Diese suchten ihn auf in seiner Anspickerhube. „St. Papa ist krank,“ sagte der Aeltste, wenn die jüngeren Brüder lärmten, und sein fröhliches Kindergeflüster wurde ernst.

„St. Pater lieber Vater ist krank,“ wie oft hatte die Mutter das in letzter Zeit gesagt. Ja, ihr Mann war krank, viel kränker vielleicht, als sie selber wußte! Eine Todesangst ergriff oft die liebende Frau: nur ihn ruhig halten, nur seine neue Erschlitterung! Einem neuen Schreden glaube sie sich selber nicht mehr gewachsen, darum zitterte sie auch so, als der Aufschrei des Entsetzens aus der Küche gellte. Was würde sie hören müssen? „Lob Scheffel stand in der Küche. Er neigte sich tief bei ihrem Eintritt: „Gott soll hüten, die gnädige Herrschaft! Gott der Gerechtigkeit, was schreit die Ramsell! Au, was wird sein, gnädige Frau Baronin? Verzeihen die gnädige Frau Baronin gnädigst, daß ich hab' gebracht in Ihre Küche ne Stobspost mit der Hammelkeule!“

„Was ist denn geschehen? So sagen Sie's doch schon!“ „Au, wenn die gnädige Frau Baronin wünschen, nur wenn die gnädige Frau Baronin es dem durchaus wünschen!“ Lob Scheffel erzählte nur zu gern, was ihm als größte Neuigkeit auf der Seele brannte: vom Verschwinden Valentin Bräuers, des Krugwirts in Pocicha-Ansiedlung. (Fortsetzung folgt.)

wort zugeflüstert hat, während er vor Angst zitterte, daß Ludendorff es hören könnte, ist so schön, daß der Nachwelt wertig gehalten hätte. Es gab doch im Kriege mehr Helben, als man sich gedacht hat.

Die Wahlen in Oberschlesien.

Am Sonntag fanden in Oberschlesien die Gemeindevorordnetenwahlen statt. Ueber das Ergebnis wird berichtet:

Beuthen. In Beuthen wurden gewählt: Vom Zentrum 21, politische Nationalpartei 13, Beamtenpartei 5, christlichsozialistische 5, Demokraten 3, Deutsch-Nationale 3, polnische Sozialdemokraten 2, Kommunisten 1, Unabhängige 1 Kandidat.

In Gleiwitz wurden abgegeben: für die Deutsch-Nationalen 2336 Stimmen, Demokraten 2135, Zentrum 7172, Reichssozialisten 1962, Unabhängige 1212, Volkspartei 684 und Polen 4880 Stimmen.

In Ratibowitz wurden abgegeben: Deutsch-Nationale Partei 3969, Demokraten 2127, Zentrum 4282, Reichssozialisten 1406, Kriegsverletzte 403, Wirtschaftlicher Verband 8665, Polen 3086, Unabhängige 1140 Stimmen. In den westlichen Bezirken sind die gewählten Abgeordneten überwiegend polnischer Nationalität.

Im Kreise Hindenburg fielen sämtliche Stimm im südlichen Teil des Kreises den Nationalpolen und Sozialistischen Polen zu. In den großen Grubenorten wurden über Zweidrittel Nationalpolen und Sozialisten gewählt. In Hindenburg selbst fiel die Hälfte der Stimm den Nationalpolen zu. Die Höhe des Prozentsatzes der polnischen Stimmen geht auf Kosten der Unabhängigen, der Reichssozialdemokraten und des Zentrums, die bedeutenden Stimmenerluste zu verzeichnen haben, während die Nationale Volkspartei und die Deutsch-demokratische Partei ihre Stimmenszahl behauptet haben.

Das Ergebnis der Wahlen in Oberschlesien liegt noch nicht vollständig vor, doch läßt sich schon jetzt eine starke Einbuße der Reichssozialisten feststellen. Gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung haben die Reichssozialisten 70 Prozent der Stimmen verloren. Die Deutschen Demokraten sind fast ungeändert geblieben. Die Verluste der Reichssozialisten sind zum geringeren Teile den Deutsch-Nationalen, überwiegend aber den Unabhängigen zugute gekommen. Die Polen haben fast überall an Stimmen gewonnen, jedoch nach vorläufiger Schätzung nicht mehr als 35 Prozent. Von größerer Bedeutung bei der Volksabstimmung wird die Haltung der Unabhängigen sein. Während früher ihre Stellung in nationaler Beziehung schwankend war, läßt sich in neuerer Zeit ein härteres Hinneigen zu Deutschland bei den Unabhängigen feststellen.

Zentrum, Revolution und Sozialdemokratie.

In einem Leitartikel zum Jahrestag der Revolution erörtert die „Germania“ ihre Bedenken gegen die Novemberrevolution, die nicht nur grundsätzlicher, sondern auch praktischer Natur seien. Zur Frage, warum das Zentrum bei dieser Auffassung von der Revolution und ihrem Uriege heute an der Seite der Sozialdemokratie auf dem Boden des neuen Staates stehe, antwortet die „Germania“: Das Zentrum empfand und empfindet es als höchste unabweisliche Pflicht, gerade jetzt in der Zeit der Not sein Herz für das Volk zu weihen und am Wiederaufbau unseres Volkes tatkräftig mitzuarbeiten, auch an der Seite der Sozialdemokratie. Denn einmal war die Sozialdemokratie in diesen Zeiten die unentbehrliche Partei, ohne die aber gar gegen die ein Wiederaufbau überhaupt nicht möglich gewesen wäre, und dann war auch diese Umsturzpartei nur ein Werkzeug in der Hand Gottes.“ Amen!

Der Achtstundentag auf der Internationalen Arbeiterkonferenz.

Anabols. Funkpruch der internationalen Arbeiterkonferenz. Die Arbeiterdelegierten legten ihren Entschluß vor. Sie verlangen den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche für Industrie und Handel, als Inkrafttreten der Konvention im Juli 1920, Sonderkonferenzen für Seeleute und Landarbeiter und empfehlen allen Regierungen die Annahme der 48-Stundenwoche mit dem halben Feiertag am Samstag, gestrichen nur im Notfall 70 Arbeitstunden im Jahre zu in Saisonbetrieben, und zwar mit einer erhöhten Bezahlung von 50 Proz. im Gegensatz zum Opaonisationsausmaß, der 150 Arbeitstunden zu einer erhöhten Bezahlung von 125 Proz. für die Industrie mit plötzlicher Arbeitszunahme und solchen Industrien, wo die Vollendung der Arbeit nicht festgesetzt werden kann, vorge schlagen hatte. Sie lehnten ferner die 150 Arbeitstunden für die nächsten 5 Jahre und 100 Arbeitstunden für die Folgezeit ab, die für andere In-

Die In einer November... (Text continues on the right margin)

Die In einer November... (Text continues on the right margin)

Die In einer November... (Text continues on the right margin)

Die In einer November... (Text continues on the right margin)

erte, daß ...
es nicht fest ...
als man ...

meinde ...
Ergebnis ...
Zentrum ...
Sozial ...
National ...
Sozialdemo ...
Kommunist ...
Arbeit ...

Die ...
Wohl ...
70 Prozent ...
und sich ...
sozialist ...
überwiegend ...
Die ...
nach vorläuf ...
er Bede ...
haltung der ...
Stellung in ...
eurer Zeit ...
abhängig ...

Die ...
erz ...
öffentliche ...
National ...
dieser ...
ute an der ...
en Staates ...
pfand und ...
jetzt in der ...
am Bie ...
an der ...
Sozialdemo ...
die aber ...
ich gewesen ...
in Werk ...

Die ...
weiterkonf ...
entwurf vor ...
S. Stun ...
Inkraft ...
renzen für ...
Regierung ...
Feier ...
überwunden ...
er erhöhten ...
ationsaus ...
hlung von ...
Arbeits ...
ndung der ...
gatte. Sie ...
5 Jahre ...
ander An ...

Die ...
am, jetzt ...
it. Seuf ...
richte sie ...
ie sie um ...
ten beide ...
und her ...
le Helene ...
ja, forgen ...
gen! Und ...
e Weib so ...
über die ...
schämte ...
Aristo ...
Befühl für ...
für seinen ...
ja, um ...
einer An ...
reichte, ...
frühdliches ...

Die ...
hatte die ...
dann war ...
tel Eine ...
nur ihn ...
en neuen ...
en, dar ...
Entgegen ...
sien?! ...
sich tief ...
ge Herr ...
ell! Au ...
eigen die ...
bracht in ...

Die ...
schon! ...
den, nu ...
aus wim ...
ihn als ...
schwinden ...
Niedlung ...

Arbeiten vorsehen waren. Jouhaug erklärte dazu, daß Arbeiter nicht länger mehr mit Versprechungen befriedigt werden können. Er behauptete, die Wissenschaft habe bewiesen, daß der Achtstundentag die Produktion fördere. Tom Shaw, der diesen Entwurf unterstützte, sagte, dies sei ein Schritt weiter, als die frühere klägliche Los der Arbeiter zu bessern. Der langjährige Arbeitgeber Parsons erklärte, daß die Zeit nicht geeignet sei, die Arbeitsstunde herabzusetzen. Es sei unökonomisch, die Achtstundentag gesetzlich festzusetzen. Auch würde dies für die Landwirtschaft verhängnisvoll werden. Auch würde zu viele Maßnahmen als Saisonbetriebe notwendig werden, die nur Unwirtschaftlichkeit erzeugten. Guerin verlas einen Bericht der französischen öffentlichen Arbeitgeber, worin auszuführen wurde, daß durch vermehrte Erzeugung und verminderten Verbrauch der Kriegsverluste weit gemindert werden könnten. Statt dessen würde die Produktion ebenso wie die Arbeitszeit um 20 Proz. vermindert werden.

Zum Tode Haases.

Berlin, 11. Nov. Wie die „P. P. R.“ erfahren, hat der Reichspräsident an die Frau des verstorbenen Abgeordneten Haase nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Sehr geehrte Frau Haase! Zu dem überaus schweren Verlust, den Sie und Ihre Kinder betroffen hat, spreche ich Ihnen meine herzlichste Teilnahme aus. Der Verlebte war ein geschätzter Arbeitsgenosse durch mehrere, zum Teil sehr schwere Jahre. Seine lange Zugehörigkeit zu der deutschen Sozialdemokratie, seine führende Stellung und sein selbstverleugertes unermüßliches Wirken für die Arbeiterklasse werden sein Andenken unversehrt sein lassen. In Hochachtung und ergebener Eber.“

Vorschläge zur Hebung der Betriebsfreudigkeit und Verbilligung der Lebensmittel.

Von einem Karlsruher Industriellen erhalten wir eine Zuschrift, die Vorschläge enthält zur Hebung der Betriebsfreudigkeit und zur Verbilligung der Lebensmittel. Ohne uns die Anregungen und Vorschläge zu eigen machen zu wollen, glauben wir doch ihre Berücksichtigung ermöglichen zu sollen. Die Vorschläge sind aus folgenden Stellen zugegangen. In der Zuschrift heißt es:

Der Gegensatz zwischen Arbeitern und Bauern, d. h. zwischen den städtischen Bevölkerungsteilen, die durch die steigenden Lebensmittelpreise eine Verbilligung genügender Mengen Lebensmittel auf diesem Wege ausgeschlossen ist. Wohl ist es nach meiner Auffassung möglich, nach untenstehenden Vorschlägen genügende Mengen Lebensmittel herbeizubringen, um die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Die Arbeiter sollen sich, vorerst zur Probe nur im Landgerichtsbezirk Karlsruhe und Pforzheim, zur Akkordarbeit bereit erklären. Alsdann müßten sich die Fabriken verpflichten, für die Arbeiter, welche sie Arbeitslöhne pro Woche auszubezahlen, die entsprechenden Mengen Lebensmittel zu liefern. Diese Lebensmittel würden mit einem bescheidenen Nutzen an eine Ein- und Verkaufskommission abgegeben. Diese Ein- und Verkaufskommission, die aus wenigen, höchsten 6 angehenden, tüchtigen Kaufleuten aus Karlsruhe und Pforzheim bestehen soll, die den Posten ehrenamtlich übernehmen, ist alsdann berechtigt, die mit einem kleinen Fabrikationsnutzen erstellten Lebensmittel nach dem Ausland zu verkaufen, um durch den Verkauf ausländische Wärluta zu erhalten und mit dieser ausländischen Wärluta billige hochwertige Lebensmittel nach Deutschland heranzubringen. Dieser Kommission wären 1-2 intelligente Arbeiter als Beisitzer zur Assistenz beizugeben. Die herangekommenen Lebensmittel würden wieder zum Ankauf in erster Linie ausschließlich an Arbeiter nach einem bestimmten Wertesystem abgegeben. Da jedoch bedeutende Mengen nach diesem System herangebracht werden, werden in zweiter Linie an sämtliche festbesoldete Beamten des Bezirkes diese Lebensmittel abgegeben und wenn alsdann, was sicher ist, noch mehr übrig ist, an die übrige Bevölkerung.

Begründung: Für eine Maschine oder für andere Artikel, die ich für 25 000 Mks. nach der Schweiz sende, bekomme ich wohl für 25 000 Mks. Lebensmittel, z. B. ungefähre 10000 Mks. amerikanisches Schweinefleisch, für 100 000 Mks. die nach dem Ausland sende und die einen Friedenswert von 100 000 Mks. repräsentieren, bekomme ich jetzt auch nur noch 100 000 Mks. und drüde noch die Wärluta her. In absehbarer Zeit, wenn es so weiter geht und keine Ware nach dem Ausland geht, erhalten wir überhaupt nichts mehr, weil die Wärluta vorhanden ist, wenn unsere Ausfuhr weiter steht, daß unsere Wärluta überhaupt gestrichen wird.

Durch diese Manipulation wird der Schleichhandel mit Waren aus dem Ausland herankommt, selbstverständlich kein Schaden mehr dem Schleichhändler zu seinen Preisen. Auch können selbst liefern die Ware reichlicher ab, weil die Einfuhr immer Konkurrenz macht, sie ihre Ware im Schleichhandel zu mehr Kostenvorteilen können und sie nicht verbieten lassen. Es stehen nach und nach wieder normale Zustände her. Nach zugänglicher könnte man die Bauern auch in politischer Beziehung machen, wenn man einfach, solange die Bauern keine hohen Preise verlangen, sämtliche Zölle auf Lebensmittel streichen würde. Die Führer der Bauernschaft würden alsdann, um aus dieser Maßregel nicht eine dauernde Aufhebung der Einrichtung herbeizuführen, selbst alles aufbieten, soviel als möglich abzuliefern, weil sie mit Recht die dauernde Aufhebung der Lebensmittelzölle befürchten müssen, sofern sie nicht so reichlich möglich ihre Mitbürger zu einem annehmbaren Preise mit Lebensmittel versehen.

Ich bin bereit, ein kurzes detailliertes Exposé anzufertigen, sobald die Regierung mir sagt, daß sie meine Idee als annehmbar findet.“

Badische Politik.

Die Schuld am Elend Deutschlands. In einer Würdigung der historischen Bedeutung des 11. November 1918 kommt der amtliche „Badische Staatsanzeiger“ auch eingehend auf das alte System zu sprechen, wobei er unter verdienter Hingabe der berechtigten deutschnationalen Liegenpropaganda dessen Schuld in folgender Weise ankreidet:

„Wer hat die unglücklich dumme, großmannsüchtige und unheimliche Politik getrieben, die uns die ganze Welt zum Feind machte? Die Männer der Revolution? Nein, die Männer des alten Systems! Wer waren die Staatsmänner und Diplomaten, die in ihrer Unfähigkeit den Weltfrieden nicht zu vermeiden vermochten? Nicht die Männer der Revolution, sondern die Männer des alten Systems. Wer hat diesen entsetzlichen Krieg forciert und immer weiter verschleppt, obwohl man seine Auslöschung einfach, und ohne daß sich die Gelegenheit zu einem anständigen Frieden mehrmals bot? Nicht die Männer der Revolution, sondern die Männer des alten Systems. Wer hat die Millionen von Millionen Menschen in den Tod geschickt, unser Wirtschaftsleben zerstört, Millionen von Müttern und Kindern elend gemacht? Nicht die Männer der Revolution, sondern die Männer des alten Systems. Und wer hat heute das größte

Mundwerk, wer gebärdet sich am frechesten und am übermütigsten, wer überschüttet dieses Volk mit schandbaren Vorwürfen, wer versucht es, der Wahrheit zuwider die Schuld von sich auf das Volk abzumähen, auf dieses arme, willige, gutmütige und betrogene Volk? Es sind nicht die Männer der Revolution, sondern es sind einzig und allein die Männer des alten Systems.“

Hebung der Produktion in den Eisenbahnwerkstätten. In der Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen fand jüngst eine Sitzung der Generaldirektors und mehrerer höherer Beamten mit den Vorständen der verschiedenen Werkstätten, mit Arbeitervertretern, Vertretern der Organisationen u. Werkführern statt. Die sich mit der Frage der Hebung der Produktion beschäftigten. Im Verlauf der Sitzung wurde von Oberbaurat Jutt darauf verwiesen, daß der Lokomotiv- und Wagenstand gegen früher außerordentlich zusammengeschmolzen ist; mit dem verfügbaren Material könne man den großen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Der Reparaturstand der Lokomotiven betrage heute 45 Prozent gegen 22 Prozent vor dem Kriege. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die vermehrte Ausnutzung einzelner Werkstätten mit Arbeitsmaschinen zur Entlastung der Hauptwerkstätten angeregt. Daraufhin wurde von einem Vertreter der Generaldirektion erklärt, daß zur Beschaffung neuer Arbeitsmaschinen erhebliche Mittel vorsehen seien. Schließlich wurde auf Vorschlag von Staatsrat Schulz ein Austausch gebildet, bei dem die Beschaffung der Werkstätten vornehmlich soll. In dem Austausch sind alle Beamten und Arbeiterkategorien vertreten. Schließlich wurde noch die Einwirkung auf Unfälle im Besonderen mit den Arbeitervertretungen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erörtert.

Unterrichtsverteilung und Kostennot. Das badische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß im Hinblick auf die allgemeine Knappheit an Schulstoffen die Schulbücher der Volksschulen in Ermäßigung auf die Zeit von 8 Uhr bis 1 Uhr zu verlegen, sofern dies nach den Verhältnissen geboten und ausführbar erscheint.

Wer mitwirken will an dem Ausbau unseres Staatswesens, muß sich politisch organisieren.

Für alle Arbeitenden, die wollen, daß ihre Interessen vertreten werden nicht durch Phrasen und unerfüllbare Versprechungen, für alle Arbeitenden, die wollen, daß unser Wirtschaftsleben ausgebaut wird zum Sozialismus auf dem Wege der Demokratie, also durch Heranziehung und Mitarbeit aller Volksgenossen, gibt es nur eine Partei, der sie sich anschließen müssen, die Sozialdemokratische Partei.

Soziale Rundschau.

Die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben und nichtgewerblichen Büros ist durch eine jüngst erlassene Verordnung des Arbeitsministeriums auf die Zeit zwischen acht Uhr morgens und 6 Uhr abends beschränkt worden. Das Arbeitsministerium gibt nun bekannt, daß diese Verordnung am 17. Nov. d. J. in Kraft tritt.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich infolge des anhaltenden Kohlenmangels nunmehr verschlechtert, daß die Gefahr nahe liegt, alle bisher erzielten Erfolge in der Unterbringung der Erwerbslosen wieder vernichtet zu sehen. Trotz reichlicher Verlieferung der Betriebe mit Holzbrand konnte die Arbeit nicht überall aufrecht erhalten werden. Bei besonders wichtigen Industriezweigen mußten einschneidende Schließungen und Einschränkungen vorgenommen werden, wie z. B. bei den Portlandzementwerken Böhleritz in ihrem Werk in Leimen, sowie bei den Louisa-Werken (elektrotechnische Fabriken) in Waldbrunn wegen Kohlen- und Strommangels, wobei insgesamt etwa 400 Arbeitern gekündigt werden mußte. Auch durch die bevorstehende Betriebs Einschränkung der staatl. Rüstwerke in Pforzheim werden 225 Arbeiter zur Entlassung kommen. Meldungen von Einschränkungen kleinerer Betriebe liegen in größerer Zahl vor und weitere sind noch vorsehen.

Die Zahl der Erwerbslosen in Baden beträgt nach den eingegangenen Meldungen noch 8618 gegenüber 8759 in der Vorwoche, weibliche Arbeitslose sind noch 3178 vorhanden. Erwerbslosenunterstützungen wurden im Verlaufe der Woche 248 711 Mks.; die Gesamtsumme seit November 1918 beträgt 26 373 988 Mks. Für Arbeitszeitüberzahlung wurden in der Vorwoche 43 223 Mks. verausgabt.

Waldarbeiter wurden in dieser Woche von 5075 Erwerbslosen ausgeführt, in der Vorwoche waren damit 5051 beschäftigt.

Vom Durchgangslager Tauberbischofsheim. Durch die Zeitungen geht gegenwärtig die Notiz, daß das Durchgangslager Tauberbischofsheim aufgelöst wird. Bei der so formlos erscheinenden Meldung denkt wohl der kleinste Teil der Leser an die Not, welche durch diese Maßnahme in die Wohnungen von hunderttausend Angehörigen und Arbeitern so kurz vor dem Winter getragen wird. Durchaus unbekannt sind dem Publikum jedoch die Nebenumstände, die bei der Auflösung zu Tage treten. Das Lager wird nämlich nicht vollständig aufgelöst, sondern es bleibt eine Abwärtungsstelle bestehen und zwar zu dem Zweck, das Lager in Bedarfsfälle betriebsfähig zu machen. Bei den notwendigen gewordenen Entlassungen wurde nun, nicht etwa der Arbeiter- und Angestelltenausfluß mit zu Rate gezogen, sondern es wurde eigenmächtig und recht eigenmächtig dabei vorgegangen: Kriegsbeschädigte, Familienhäufel, Deimarlose usw. wurden auf die Straße gesetzt, dagegen wurden 18jährige Vürschäden ohne Beruf bleiben. Daß sich die Mitglieder des Angestelltenausflusses unter den Gefährdeten befinden, ist ganz selbstverständlich, denn diese hatten es ja gewagt, gegen den früheren Kommandeur, Major Engelmann, über den von ihm auch in unserem Blatte des letzten Monats Klage führen mußten, energisch Stellung zu nehmen. Von Generalkommando, in welchem Major Engelmann gute Freunde sitzen hat, wurde Mitscheidern des Angestelltenausflusses sogar klipp und klar erklärt, daß sie sich auf Neueinstellung zu rechnen hätten, falls das Lager wieder in Betrieb gesetzt wird. Anstandslos dieser Forderung liegt die Vermutung nahe, daß die ganze sogenannte Auflösung des Lagers nur eine verschleierte Maßregelung des Angestelltenausflusses und des „parteilichen“ Personals bedeutet. Die Angestellten, welche der Unterbringung ihrer Kollegen bei sämtlichen Durchgangslagern Badens sicher sind, haben gegen die nicht rechtmäßig erfolgte Kündigung Einspruch erhoben.

Gewerkschaftliches.

Zum Mannheimer Metallarbeiter-Angestellten-Streit. Die Angestellten der Mannheimer Metallindustrie haben die Vermittlung des Arbeitsministeriums angerufen. Ein Vertreter des Ministeriums hörte in Mannheim beide Parteien und stellte eine Basis fest, auf der weitere Verhandlungen zwischen den beiden Parteien stattfinden können.

Abkündigung des Trinkgeldes im Mannheimer Gastwirtschaftsgewerbe. Der Schlichtungsausschuß hat den Tarifvertrag des Gastwirtschaftsgewerbes mit den Wirten gutgeheißen. In den Wirtschaften erhalten die Servierdamen statt 7 Proz. 5 Proz. des Umsatzes und Koffi, in den Bierwirtschaften bis zu zwei Kellnerinnen erhalten diese 1 Proz. des Umsatzes, Verpflegung und 70 M. Lohn die Woche.

Gemeindepolitik.

Kielingen, 7. Nov. Dienstag, 4. November, abends 8 Uhr, fand eine Bürgerausschussung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Einführung einer Lustbarkeitssteuer; 2. Regelung der Vieh- und Fleischpreise; 3. Baukostenzuschüsse und 4. Abgabe von Bauplätzen in der sog. Wolfgrube. Zur Begründung der Einführung einer Lustbarkeitssteuer bis zu 200 M für den Tag führte der Vorsitzende aus, daß die Gemeinden in der Nähe der Großstädte gezwungen sind, Maßnahmen gegen die überhandnehmende Tanzwirtschaft zu ergreifen und zwar aus verschiedenen Gründen: 1. würden durch die allmählich einigemale stattfindenden Tanzabergnügen die Einwohner in ihrer Nachtruhe erheblich beeinträchtigt, sodann reizen derartige Veranstaltungen geradezu zur Schwarzschlächtere, indem die Teilnehmer doch von den Wirten die Abgabe von Speisen verlangen und nicht zuletzt entspricht es dem Ernste der Zeit, in der wir leben, daß nicht der ganze Verdienst der jungen Leute durch allzufröhliche Vergnügungen verschleudert werde. Len. Hansler legte den Standpunkt der Mehrheit unserer Fraktion dar, indem er ausführte, daß unsere Partei grundsätzlich Gegnerin derartiger Geschehnisse sei; jedoch würden uns die vorzeitigen Verhältnisse veranlassen, der Vorlage als einer vorübergehenden Erscheinung zuzustimmen. Einige bürgerliche Redner stellten ihre Zustimmung teils bedingt, teils unbedingt in Aussicht. Schließlich wurde die Vorlage gegen 10 Stimmen (5 U. S. V.) angenommen; wir hoffen, daß es nun in der Fleischversorgung in Zukunft etwas besser wird. Bei Punkt 3: Bewährung von Baukostenzuschüssen, werden von der Gemeinde zur Abänderung der hiesigen großen Wohnungsnot weitere 18 000 M zu dem Reichs- und Landeszuschuß hemilligt. Als Punkt 4 hatte der Gemeinderat die Abgabe von Bauplätzen in der sog. Wolfgrube auf die Tagesordnung gesetzt, da ein mit 16 Unterschriften von Gemeindevorordneten versehenes Gesuch dies verlangte. Die gepflogene Debatte ergab, daß die große Mehrheit des Bürgerausschusses das Behalten des genannten Grundstückes nicht für wünschenswert hält; denn die Vorlage wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die neue badische Gemeindeordnung. Der Vorentwurf für die neue badische Gemeindeordnung ist von der von der Regierung zu ihrer Ausarbeitung eingesetzten Kommission fertiggestellt und den Städten zur Meinungsäußerung zugegangen. Der Verband der mittleren Städte Badens wird einen außerordentlichen Stadtrat einberufen, um zu dem Vorentwurf Stellung zu nehmen. Schon in einer jüngst abgehaltenen Ausschussung des Verbandes der mittleren Städte Badens wurde über die Gemeindeordnung gesprochen und es wurde dabei eine von Dr. Gunglmaier vorgelegene Resolution gefaßt, die sich dafür ausspricht, daß, wie in Preußen vorgeesehen, alle Städte ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl grundsätzlich gleich behandelt werden.

Jugend und Sport.

Zusammenkünfte des Arbeiter-Turn- und Sportbundes 3. Bezirk. Ergebnis vom Sonntag, 9. November: Freie Turnerschaft Karlsruhe I — Freie Turnerschaft Gillingen I 13:2. Fr. Tischf. Karlsruhe II — Fr. Tischf. Gillingen II 3:1. Fr. Tischf. Karlsruhe III — Fr. Tischf. Durlach I 2:2. Fr. Tischf. Karlsruhe IV — Fr. Tischf. Durlach II 1:4.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Privattelegramm. Wie die Abendblätter berichten, hat der außerordentliche Schneefall, der durch die ganze Nacht über anhielt, die Abwicklung des Verkehrs in Großberlin stark beeinträchtigt. Die städtische Straßenreinigung konnte, trotzdem 20 M. Tagelohn bezahlt worden ist, nicht genügend Arbeiter bekommen, um der Schneemenge Herr zu werden.

Berlin. Privattelegramm. Wie die „P. Z. A. M.“ meldet, wurden die Chausseure Mellion und Fereco des Chefs der französischen Militärmission General Dupont heute nacht von einer Streife der Siderheitswehr in der Wilhelmstraße in total betrunkenem Zustande aufgefunden. Sie hatten vorher einen Postbeamten bedroht und eine Dame gröblich beleidigt. Auch die Streife wurde mit dem Revolver bedroht. Die Franzosen wurden der Siderheitspolizei eingeliefert und heute früh der französischen Militärmission übergeben.

Essen a. M. Die Straßenbahnen der rheinisch-westfälischen Industriegebiete nahmen die Arbeit wieder auf. Nur in Duisburg soll erst in einer heute stattfindenden Versammlung über die Wiederaufnahme der Arbeit Beschluß gefaßt werden.

Budapest. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat das rumänische Armeekommando gestern in einer Proklamation sich bereit erklärt, Budapest zu räumen.

Aus dem Lande. Eßlingen. Die Revolutionsfeier in der Festhalle nahm einen würdigen Verlauf. Im Mittelpunkt derselben stand die groß angelegte einstudierte Gedächtnisrede des Gen. Arbeitsminister Müldert, die lebhaften Beifall fand. Der Arbeitergesangverein trug in anerkannter Leistung zwei Chöre vor und Gen. Schwan sprach neben einem Prolog noch einige passende Gedichte. Der Besuch von etwa 400 darf in Anbetracht dessen, daß hier Kirchweih war und die Tanzlust manche von dieser ersten Feier abhielt, als befriedigend angesehen werden. Besonders erfreulich war auch der zahlreiche Besuch unserer Genossinnen.

Durlach. Diskussionsabend. Die Genossinnen und Genossen treffen sich heute Dienstag abend um 7 Uhr im Lokal „Goldener Löwe“. Die Tagesordnung lautet: Das Erfurter Programm. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Müllheim, 11. Nov. Hier sind mehrere hundert Paete Schweizerstumpen und Zigaretten, die im Schleichhandel weiter verschoben werden sollten, beschlagnahmt worden.

Freiburg, 10. Nov. Der Stadtrat hat im Hinblick auf die gegenwärtige Brennstoffnot angeordnet, daß weitere Einlieferungen im Krematorium nicht vorgenommen werden dürfen, so lange nicht in irgend einer Form dafür genügend Brennstoffe beschafft werden können.

Engen, 11. Nov. Das beim Hohenstoffeln gelegene ziemlich ausgedehnte Flachland, das Binninger Nied, ist durch Vertreter der Kulturspektion untersucht worden, wobei sich H. „Konst. Zeitung“ ergeben hat, daß mächtige Lösslager des Abbaus harter und gewaltige Menge von Kohlflecken und Brennstoff gewonnen werden können. Die unbrauchbare Oberflucht soll eine Stärke von 3 bis 6 Meter besitzen.

Konstanz, 11. Nov. In der letzten Zeit hat die hiesige Schumpenspektion neun Schieber und Schleichhändler verhaftet. Ferner wurden von der hiesigen Zweigstelle des Landespreisausschusses Beschlagnahmungen von Fleisch und lebenden Tieren in größerem Umfange vorgenommen. Der Stumpenschmuggel über die badisch-schweizerische Grenze hat Schweiz. Blättern zufolge dazu geführt, daß die Stumpen in der Schweiz selbst rar und damit teuer werden.

Der Kampf gegen die Schieber und Schleichhändler

Der täglich einen größeren Teil der badischen Blätter liest kann mit Befriedigung feststellen, daß der von den badischen Behörden seit einigen Wochen aufgenommene Kampf gegen die Schieber und Schleichhändler bedeutende Erfolge zeitigt. Es ist einfach unmöglich, alle Meldungen über beschlagnahmte Schieberwaren, wie sie durch die Fahnder der einzelnen Zweigstellen des badischen Landespreisausschusses erfolgt, zu registrieren. Nur einige der „Haupttreffer“ seien mitgeteilt. So wurden aus dem Elgüterzug Mannheim-Frankfurt vier schwere Kisten Zigaretten im Wert von etwa 20 000 M. geworfen. Auf der Strecke warteten die Schieber, um den Raub zu bergen. Ein Bahnangestellter beobachtete aber den Vorgang. Die Schleichhändler ergriffen die Flucht und die Zigaretten wurden beschlagnahmt. — Im Bahnhof Osterburken wurden 2 1/2 Zentner Weizenmehl und andere Lebensmittel beschlagnahmt, die als Gegenpreis aufgegeben waren. — In Ebnet bei Freiburg wurde in einem Karoffelwagen versteckt ein geschlachteter Ochse entdeckt, der für eine Freiburger Wirtschaft bestimmt war. — In Königslofen wurden auf eine Veranlassung des Konsumverbandes 325 Zentner Karoffeln, für die mehr als der Höchstpreis bezahlt worden waren, beschlagnahmt. — In Köstlich bei Besiggen wurde ein gewaltiges Beschlagnahme von 300 Zentner Vorkorn bei den Landwirten vor, da diese ihrer Ablieferungspflicht auch nicht im entferntesten nachkamen. — In Mannheim wurde durch die dortige Zweigstelle des Landespreisausschusses in der letzten Zeit sämtliche Herrenkonfektionsgeschäfte sowie Schneidmeister in Bezug auf Preisüberschreitung geprüft. Bei drei Firmen wurden erhebliche Ueberschreitungen festgestellt. Die betr. Firmen wurden der Staatsanwaltschaft angezeigt, gegen andere Firmen schwebt noch das Untersuchungsverfahren. — Wegen Schiebergeschäften ist der Schneider Abraham aus Straßburg in Oppenau verhaftet worden. Man fand einen Geldbetrag von 37 000 M. bei ihm vor. — Wegen Schleichhandels mit Branntwein hatte sich vor dem Schöffengericht in Oberkirch ein Monteur aus Berlin zu verantworten, der bis vor kurzem Arbeitslosenunterstützung bezog. Seit er Schleichhandel betreibt, haben sich seine Vermögensverhältnisse so gebessert, daß er die Absicht hatte, im nächsten ein Anwesen für 60 000 M. zu kaufen. Das Gericht verurteilte ihn zu 8 Wochen Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe, außerdem soll der beschlagnahmte Branntwein eingezogen werden. — Am Bahnhof in Schilbach beschlagnahmte die Gendarmerei eine Ladung von 55 Stück feiner Sammel. Sie sollten abgehoben werden. — Unter dem Verdacht des Verkaufs gefohlener Seide wurden der Jahntschreiber Seger in Zell i. W., sein Stiefbruder Max Wagner aus Lörach, der Offiziersstellvertreter Kaiser in Lörach und der Kaufmann Weist in Gressen verhaftet. Ferner wurde ein in einem Hotel in Zell wohnender Kaufmann namens Striegel verhaftet, der Stroch in Höhe von etwa 10 000 Zentner durch die Schweiz nach Italien zu verschleppen versucht hatte.

Boggers, 8. Nov. Zwischen Mergentheim und Jgersheim wurden drei Schleichhändler aus Mannheim verhaftet, die drei Pfund Butter und eine größere Anzahl Eier bei sich hatten. Als der dritte Schleichhändler zu fliehen versuchte, machte der Sicherheitsbeamte von seiner Waffe Gebrauch, es kam zu einem Ringkampf zwischen beiden, wobei der Polizist mit dem Messer bedroht wurde. Schließlich gelang es dem durch einen Schuß an der rechten Schulter verletzten Schleichhändler zu entkommen.

Konstanz, 8. Nov. In einer der letzten Nächte unternahmen mehrere unaubere Elemente einen größeren Schmuggel. Zwei von der Bande überschritten die Schweizer Grenze und verbrachten 7 1/2 Mille Brissage in Säden bei Säckingen über den Grenz-

bach. Sie wurden dabei von Schweizer Posten beschossen, entkamen aber unversehrt. Jetzt ist es gelungen, sämtliche sechs an dem Schmuggel beteiligte Personen zu verhaften. Unter ihnen befindet sich auch ein Hüfsgrenzaufseher.

Osterburken, 8. Nov. Bei den letzten Revisionen sind wieder zahlreiche, zum Teil wertvolle Schieberauslieferungen in der hiesigen Station beschlagnahmt worden. Darunter befanden sich fast 3 Zentner Weizenmehl, 200 Kilogramm Sakerflocken, 1300 Kilogramm Grünfarn, über 80 Kilogramm ungebrannter Bohnenlaffee und andere Lebensmittel.

Eine feine Nummer.

Einen merkwürdigen „Vertrauensmann“ haben sich die Erwerbslosen der jüngerer Kreisstadt Freiburg erworben. Alldort führt ein Herr Frisch auf das große Wort, dessen Spezialität das Herunterreißen der Gewerkschaften und Vertrauensleute ist, der Mandatversammlungen gegen Stadtrat injiziert, mit einem Wort: halt schimpft und lobt und trahst wie ein echter Kommunist. Unjüngerer Freiburg Parteiblat, der „Vollstreck“, wurde nun die Sache mit diesem Obertrahler zu bumm und sie küßt nun einmal das Brustschloß dieses edlen Zeitgenossen und da kam folgendes zum Vorschein: In dem Strafregister des Herrn Frisch sind folgende Einträge:

- 1891: Fünf Tage Gefängnis wegen Diebstahl.
1893: Fünf Tage Gefängnis wegen Diebstahl.
1898: Fünf Monate Gefängnis und sechs Tage Haft sowie Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. (Die Verurteilung erfolgte wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall sowie wegen Landfriedensbruch und Bettel.)
1894: Sechs Monate Arbeitshaus wegen Bettel und Landfriedensbruch.
1895: Fünf Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Schwere Arbeit und Stellung unter Polizeiaufsicht wegen schweren Diebstahls im Rückfall.
1917: Zwei Wochen Gefängnis wegen Diebstahls.
1918: Vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls. (Diese Strafe fiel unter die Amnestie.)

Wir wollen nun keineswegs behaupten, daß Herr Frisch überhaupt nicht mehr die Absicht hat, ein anständiger Mensch zu werden. Auch einem schwerbestraften Menschen muß die Rückkehr zu ehrlicher Arbeit erleichtert werden. Herr Frisch hat aber vor der Arbeit furchtbar Angst, er flieht, obwohl lernbereit, an seinem Posten und sein Ideal ist wohl, dauernd Erwerbslosenunterstützung zu beziehen, nicht besonderer Zulage von 100 M. für seine „Bemühungen“, die Herr Frisch natürlich vollständiglich von derselben Stadtdirektion ausbezahlt läßt, die er tagtäglich in der maßvollen Weise beschimpft. Die „Vollstreck“ deutet nach weiteren „Bemühungen“ dieses Herrn auf, die wir aber hier übergehen können. Wir wollten nur zeigen, was für Elemente heutzutage sich als Arbeiterüber ausstellen, was für Gefahren sich heutzutage herausnehmen können, eine Partei und Gewerkschaft zu beschimpfen, deren erstes und letztes Ziel Kampf um Besserung der Lage der Arbeiterklasse von jeder Art und immer sein wird. Verächter und Heiratsrat ist aber auch, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse auf beträchtliche Freiheiten, Schamlosigkeit und Beherrschung hereinfällt und den Kampf gegen ihre alten, erprobten Führer mitmacht.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 11. November.

Alldeutsche Revanchegeldliste.

Die heutzutage uns in die Hände rittigen, Bekannten schon die Eier klugger Rache; Sie dienten ja stets ihrer eigenen Sache, indem sie scheinbar für den Kaiser stritten.

Was mich nicht lächeln solch verlogne Rache Der Herrschendwöhnten, die nun ausgenühten? Sie hümmert menig, was wir alles litten, Ihr Spieltrieb löst sie, — drum seid auf der Wache! Was hätten wir vom Kaiserkrieg zu hoffen? Man trägt geradert der Rächen ganze Summe, Erlangt als Lohn kaum eine magre Krümme.

Uns hat der Siege Vorteil nie betroffen, Der Proletar war allemal der Dumme, Indes die Herren den Champagner tranken.

Ferdinand Rabinger.

Herr Krufe hat recht.

In der Kolosseumsversammlung der U. S. P. am vorletzigen Sonntag stellte Herr Bernhard Krufe, der als Eichhorn-Ertrag für den ausgetretenen Herrn Polizeipräsidenten A. D. einbrang, eine Behauptung auf, der wir ausnahmsweise einmal zustimmen können. Er behauptete nämlich den Reichswehrminister Noske als den

Heinrich Heine. Ein Nachwort zum Heine-Abend des Bildungsausschusses an die Südd. Konf. Korrespondenz. Von Dr. A. Kullmann. Der franke Jude und der große Künstler, der unsere Mutterprache mächtiger sprach als alle deutschen Müller oder Schulze. (Richard Dehmel „Ein Heinedenkmal“.) Die jüdische Konserbative Korrespondenz widmet in Nr. 45 vom 7. d. Mts. den Heine-Abenden des sozialdemokratischen Bildungsausschusses und der Frau Ermath einen dreispaltigen Leitartikel gezeichnet A. K. An der durch mich in meiner Ansprache gegebenen Darstellung soll nach Meinung des Herrn A. K. alles falsch sein, Heine soll durchaus kein Revolutionär im Sinne des sozialistischen Proletariats sein; ich hätte offenbar Heine nicht gelesen, mein Hinweis auf das Judentum von Marx, Lassalle und Heine sei eine Provokation des nationalen Gefühls.

Die ohne meine Mitwirkung durch den Bildungsausschuss getroffene und auf Heine gefallene Wahl erklärt sich durch die Liebe der Massen zu diesem Dichter, durch dessen Mund ihr Sehnen und Verlangen den künstlerischen und volkstümlichsten Ausdruck gefunden hat in Versen von unerreichter Schönheit, hinreichender Leidenschaftlichkeit und revolutionärer Energie. In jeder Anthologie revolutionärer Dichtung steht Heinrich Heine an erster Stelle. Wie ein Sturmwind wirken stets von neuem die den ganzen Sinn des politischen Kampfes zusammenfassenden Verse:

Ein neues Lied, ein besseres Lied, Ihr Freunde will ich Euch dichten. Wir wollen hier auf Erden schon Das Himmelreich errichten.

Was verfangt demgegenüber der Hinweis auf Heines menschliche Schwächen und die Widersprüche seiner Künstlernatur. Mit den Worten, die C. F. Meyer seinem Gutten in den Mund legt, kann Heine antworten:

Ich bin kein ausgeklügeltes Buch, Ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch.

Und nun die Provokation des nationalen Gefühls! Nach an bewährten Wahspruch: „Haltet den Dieb!“ spricht ein Deutsch-Nationaler von Provokation. Statt daß man sich mühs-

sa abh und, der den Unabhängigen so viele Säen in die Hände jage, daß sie mit dem Abziehen nicht mehr fertig werden.

Also bekommt jeder Ueberläufer zur U. S. P. von Herrn Krufe das Fell über die Ohren gezogen.

Erhöhung der Karoffelpreise.

Da die Bauern bis jetzt keine Karoffeln liefern wollten, weil ihnen der Preis von 7,50 M. für den Zentner zu wenig war, bekommen sie jetzt eine Iogen. Schnelligkeitsprämie von 2 M. pro Zentner. Der Preis für den Zentner Karoffeln beträgt jetzt also 9,50 M. oder 10 M. bei Lieferung vor das Haus höchstens 10,50 M.

Ob die Bauern zu diesen Preisen liefern wollen, muß abgewartet werden. Allgemein hört man, daß sie nicht 10,50 M., sondern 15 und 20 M. pro Zentner Karoffeln hinterum verlangen. Vorherum, d. h. auf Bezugswegen, wollen sie überhaupt nicht mehr liefern, sondern wollen die Karoffeln zum Frühjahr einmieten und es wird dann nichts übrig bleiben, als ihnen dann noch eine Langsamkeitsprämie zu geben.

Ein Reichsmilchgesetz

ist, wie aus Berlin berichtet wird, in Vorbereitung und wird demnächst der Nationalversammlung zugehen. Das Gesetz wird die regelmäßige tierärztliche Untersuchung der Viehbestände anordnen. Alle Tiere mit erkennbarer Tuberkulose sollen abgeschlachtet werden. Jeder, der Milch für den menschlichen Genuß produziert, soll dies der Behörde melden und der Milchhandel soll nur mit behördlicher Genehmigung ausgeübt werden.

Die Frauenkurse des Bildungsausschusses haben letzten Donnerstag und Freitag ihren Anfang genommen. Fräulein Dr. Marie Haum behandelt in ihren Vorträgen an den Donnerstagen die Mutterchafts- und Säuglingsfürsorge, Gen. Dr. Kullmann an den Freitagen Abenden über „Geschichte des Sozialismus“. Die Teilnahme an den Kurien ist leider nicht die erwartete stark, die Wichtigkeit der in den Kurien behandelten Gegenstände hätte eine weit stärkere Teilnahme erwidern lassen. Man möchte nochmals an unsere Genossinnen das Ersuchen richten, sich zu den in dieser Woche stattfindenden zweiten Abenden zahlreicher einzufinden; die Kurie beginnen um 1/8 Uhr abends und finden im Sitzungssaal der Allgem. Krankenkasse, Gartenstraße, statt. Die Genossinnen werden erucht, ihre Frauen und erwachsenen Töchter zu veranlassen, an den Kurien teilzunehmen.

Berein Arbeiter-Jugend Karlruhe, heute, Dienstag, abends 7 Uhr, findet wieder ein Nästkurs im Sandarbetsaal der Hebelstraße, Kreuzstraße, statt. Die Jugendgenossinnen werden erucht, pünktlich zu erscheinen, da um 9 Uhr Schluß gemacht werden muß.

Beschaffungszulage für städtische Beamte, Lehrer, Kunstler und Arbeiter. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß den vollbeschäftigten Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern der Stadt eine einmalige Beschaffungszulage bewilligt wird. Sie soll betragen je nach der Ortsgruppe 500—200 M. für Verheiratete, 300—150 M. für jedes zu berücksichtigende Kind, 300—150 M. für Leib- und Bediente, die nicht voll beschäftigt sind, erhalten nur die Hälfte dieser Beträge. Die zurgehörigen Beamten und Arbeiter und deren Hinterbliebenen sollen ähnliche Bewilligungen erhalten. Der einmalige Gesamtaufwand ist auf über 8 Millionen Mark berechnet und soll aus Wirtschaftsmitteln des laufenden Jahres bestritten werden.

Fortschritt. Ein ersterlicher Fortschritt soll hiermit auf Konto des Unterrichtsministeriums registriert werden, indem dieses bei Befehung der stellvertretenden Rektorstelle an der hiesigen Gewerkschule das Lehrerkollegium dieser Instanz durch Wahl zu Wort kommen ließ.

Aus dem Malergewerbe. Am 13. Oktober d. J. haben die Reichsarbeitsministerium zu Berlin zentrale Verhandlungen über eine weitere Feuerungszulage im Malergewerbe stattgefunden, wobei folgende Vereinbarung zustande kam: Den Gehältern sind zu den in der Verhandlung vom 29. April, 2. Juni und Schlußspruch vom 18. Juli d. J. festgelegten Zuschlägen eine weitere Zulage gewährt. Diese beträgt für Lohngebiete über 100 000 Einwohner 40 Pf. unter 100 000 Einwohner 30 Pf. pro Stunde für Landstädte unter 25 000 Einwohner, soweit sie nicht aus Industrie- oder Industriezweigen sind, bestimmen die beiderseitigen örtlichen Verbände, im Streitfalle die Tarifinstanzen.

Die Erhöhung tritt bis zum 1. November 1919 in Kraft. Die Karlruhe haben diese Vereinbarung die Zustimmung der Arbeiter u. Arbeitnehmersorganisationen gefunden und tritt eine Lohnerrhöhung von 40 Pf. am 1. November d. J. in Kraft. In benannten Betrieben, wo bei der nächsten Lohnzahlung diese Lohnzahlung nicht gewährt wird, ist den betreffenden Kollegen die Organisationsleitung entsprechend zu verständigen. Das Bureau befindet sich wie bisher Reisingerstr. und sind alle Tarifverträge dort zur Anzeige zu bringen.

Zu unserem getrigen Bericht über die Revolutionsfeier in der Hebelstraße sei nachgetragen, daß als weitere Mitwirkende sich wiederum wie beim kürzlichen Heine-Abend Frau Clara Girndt in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt haben. Frau Girndt hatte die Begleitung der beiden Künstler Ed und Gehel in ihrem meisterlich gelungenen Duett aus der „Sturmwand von Portici“ übernommen; ihr treffliches Spiel, das sich so vortrefflich zum Gesang der beiden Sänger anfügte, trug einen guten Teil zu der selteneren Aufnahme des Vortrags zum Publikum bei. Auch ihr sei als Anerkennung wie getrennt den Mitwirkenden der Dank für ihre Mitwirkung bei der Feier abgeleitet.

Verlängerung der Messe. Wie mitgeteilt wird, ist die Messe bis einschl. Mittwoch verlängert worden.

Ein Schwein gestohlen. In der Nacht vom 8. zum 9. Nov. wurde die Hütte eines Gärtners in der Winterstraße erbrochen und daraus ein Schwein im Gewicht von etwa 40 Pfund von unbekanntem Täter entwendet.

Nach dem Genuß von Leberwurst stellten sich gestern nachmittag bei der Familie eines in der Südbadenstraße wohnenden Fräuleins Vergiftungserscheinungen ein. Die ganze Familie, bestehend aus den Eltern und 3 Kindern, wurden mittels Karmenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Ein Russe als Messerstecher. Gestern abend 7 Uhr betrat ein russischer Arbeiter dem Prokurieren einer hiesigen Firma, um ein russischer Arbeiter dem Prokurieren einer hiesigen Firma, um auf der Kaiserstraße zwei Messerstücke und verlor sie. Der Verletzte fand Aufnahme im neuen St. Vinzenzhaus.

Erklärung des Bürgerausschusses. Bauinspektor August Schneider und Stadtpfarrer Dr. Karl Hesselbacher haben ihre Bemerkungen niedergelegt, ersterer in Folge seiner Wahl zum Bürgermeister von Gaggenau, letzterer infolge seiner Veretzung nach Baden-Baden. An ihre Stellen treten nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächste den gleichen Wahlvorschlagslisten angehörende Bewerber der Zentrums-Partei bzw. der deutschdemokratischen Partei. Vorschreiber Philipp Glormann und Werkmeister Ludwig Wilhelm Erb. Sie sind demnach zu Stadtverordneten mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen im Jahre 1922 gewählt.

Veranstaltungen.

Vier- und Falschabend - Vortrag von Schwind.

Symphoniekonzert des Landes-Theater-Orchesters.

Die Besetzung der Handelshochschule.

Im Gebirgs-Bezirk.

Vertriebene Eisenbahner.

Band der Reichseisenbahn-Beamten und Pensionäre.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Fußballsport.

Erwählte Einbrecher.

Erklärung des Bürgerausschusses. Bauinspektor August Schneider und Stadtpfarrer Dr. Karl Hesselbacher haben ihre Bemerkungen niedergelegt, ersterer in Folge seiner Wahl zum Bürgermeister von Gaggenau, letzterer infolge seiner Veretzung nach Baden-Baden. An ihre Stellen treten nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächste den gleichen Wahlvorschlagslisten angehörende Bewerber der Zentrums-Partei bzw. der deutschdemokratischen Partei. Vorschreiber Philipp Glormann und Werkmeister Ludwig Wilhelm Erb. Sie sind demnach zu Stadtverordneten mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen im Jahre 1922 gewählt.

Veranstaltungen. Vier- und Falschabend - Vortrag von Schwind. Symphoniekonzert des Landes-Theater-Orchesters. Die Besetzung der Handelshochschule. Im Gebirgs-Bezirk.

Vertriebene Eisenbahner. Band der Reichseisenbahn-Beamten und Pensionäre. Erwählte Einbrecher.

Fußballsport. Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erklärung des Bürgerausschusses. Bauinspektor August Schneider und Stadtpfarrer Dr. Karl Hesselbacher haben ihre Bemerkungen niedergelegt, ersterer in Folge seiner Wahl zum Bürgermeister von Gaggenau, letzterer infolge seiner Veretzung nach Baden-Baden. An ihre Stellen treten nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächste den gleichen Wahlvorschlagslisten angehörende Bewerber der Zentrums-Partei bzw. der deutschdemokratischen Partei. Vorschreiber Philipp Glormann und Werkmeister Ludwig Wilhelm Erb. Sie sind demnach zu Stadtverordneten mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen im Jahre 1922 gewählt.

Veranstaltungen. Vier- und Falschabend - Vortrag von Schwind. Symphoniekonzert des Landes-Theater-Orchesters. Die Besetzung der Handelshochschule. Im Gebirgs-Bezirk.

Vertriebene Eisenbahner. Band der Reichseisenbahn-Beamten und Pensionäre. Erwählte Einbrecher.

Fußballsport. Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erklärung des Bürgerausschusses. Bauinspektor August Schneider und Stadtpfarrer Dr. Karl Hesselbacher haben ihre Bemerkungen niedergelegt, ersterer in Folge seiner Wahl zum Bürgermeister von Gaggenau, letzterer infolge seiner Veretzung nach Baden-Baden. An ihre Stellen treten nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächste den gleichen Wahlvorschlagslisten angehörende Bewerber der Zentrums-Partei bzw. der deutschdemokratischen Partei. Vorschreiber Philipp Glormann und Werkmeister Ludwig Wilhelm Erb. Sie sind demnach zu Stadtverordneten mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen im Jahre 1922 gewählt.

Veranstaltungen. Vier- und Falschabend - Vortrag von Schwind. Symphoniekonzert des Landes-Theater-Orchesters. Die Besetzung der Handelshochschule. Im Gebirgs-Bezirk.

Vertriebene Eisenbahner. Band der Reichseisenbahn-Beamten und Pensionäre. Erwählte Einbrecher.

Fußballsport. Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erklärung des Bürgerausschusses. Bauinspektor August Schneider und Stadtpfarrer Dr. Karl Hesselbacher haben ihre Bemerkungen niedergelegt, ersterer in Folge seiner Wahl zum Bürgermeister von Gaggenau, letzterer infolge seiner Veretzung nach Baden-Baden. An ihre Stellen treten nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächste den gleichen Wahlvorschlagslisten angehörende Bewerber der Zentrums-Partei bzw. der deutschdemokratischen Partei. Vorschreiber Philipp Glormann und Werkmeister Ludwig Wilhelm Erb. Sie sind demnach zu Stadtverordneten mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen im Jahre 1922 gewählt.

Veranstaltungen. Vier- und Falschabend - Vortrag von Schwind. Symphoniekonzert des Landes-Theater-Orchesters. Die Besetzung der Handelshochschule. Im Gebirgs-Bezirk.

Vertriebene Eisenbahner. Band der Reichseisenbahn-Beamten und Pensionäre. Erwählte Einbrecher.

Fußballsport. Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Erwählte Einbrecher. Fußballsport. Erwählte Einbrecher.

Flechten Wunden. offene Füsse, Krampfadernleiden heilt sogar in verzweifelt Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“.

Wand-Uhren, Taschen-Uhren. in grosser Auswahl in Friedens-Ausführung neu eingetroffen. Oscar Kirschke, Karlsruhe, 70 Kriegstrasse 70.

Leipziger gute echte PELZE. Nur moderne Formen gute Verarbeitung grosse Auswahl sehr mässige Preise.

5% Deutsche Spar-Prämien-Anteile. alle Zins- und Dividenden-Scheine gegen Hinterlegung der Stücke oder Zinsbogen befreit.

Möbl. Zimmer. mit Spiegel, von Krülein mögl. Stadtmittel auf sof. gel. Off. u. Nr. 7873 an „Volkshaus“-Büro erbitten.

Felle und Häute. aller Art, sowie Mohhaare. Schneiderin nimmt noch Aufträge an. Auch Leppiche werden zu Mänteln verarbeitet bei billiger Berechnung.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung. Einem titl. Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich unterm Heutigen Yorkstrasse 10, früher Fr. Albrecht, ein Atelier für moderne Photographie eröffnet habe.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe. Ehemalige Witwe, Wilhelm Welfbauer von Rischel, Aufseher hier, mit Veranlassung Emmendinger von Kister.

Bürsten-waren. Wir empfehlen: Bürsten-waren (garantiert reine Friedensqualität) Schrubber St. 1.35, 3.25, 4.25, Abseilbürsten St. 2.50, Waschbürsten St. 2.15.

Bodenwachs. 1/2 Pfund-Dose 2.75, 1 Pfund-Dose 5.50. Bodenlack. 2 Pfund-Dose 7.- sowie sämtliche Wasch- und Putz-artikel gut u. billig.

Plüschgarnitur rot, Chaiseloge, Kinderklappstuhl. 1 gebrauchter Schreibpult, 1 Gummi-Wasserschlauch zu verkaufen.

Badisches Landestheater. Dienstag, den 11. November 1919. 7884. Martha oder der Markt v. Richmond. Oper in vier Akten von Flotow.

Im Landes-Theater Mittwoch, den 12. November, Anfang 7 Uhr, Zweites Sinfonie-Konzert des Opernorchesters des Badischen Landestheaters.

Tüchtige Schreiner. bei hohem Lohn für dauernd gesucht. Möbelfabrik Lampert, Bruchsal (Baden).

Bettmöbel. Kein Bettmöbel mehr. Alter u. Geschlecht angebend Auskunft umsonst. Vers. Medika la München S.W. 7.

„Nissin“ gegen Kopfläuse. Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Große Posten Mäntel - Jackenkleider - Röcke zu billigen Preisen eingekauft.

Stärke-Wäsche. liefert in 8 Tagen. Annahmestellen. Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstrasse 34 u. 243, Gerwigstrasse 46.

Andgefämmte Frauenhaare. läuft 6754. Oskar Becker, Haarbild, Kaiserstr. 32.

Blau- und Weisswässer. 1000 Liter für 100.-. 1000 Liter für 100.-. 1000 Liter für 100.-.

Blau- und Weisswässer. 1000 Liter für 100.-. 1000 Liter für 100.-. 1000 Liter für 100.-.

Blau- und Weisswässer. 1000 Liter für 100.-. 1000 Liter für 100.-. 1000 Liter für 100.-.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Karlsruhe

Büro: Hebelstr. 11 II — Fernruf 1395.
Am Dienstag, den 11. November, abends
7 Uhr findet in der „Goldenen Krone“, Amalien-
straße 16 eine

Vertrauensmänner-Versammlung

statt. Zu derselben sind außer den Vertrauensleuten
auch die Vertrauensmänner der Glaser eingeladen.
Jede Werkstätte muß vertreten sein. 7843
Die Ortsverwaltung.

Elfaß-Lothringen!

Bund der Reichseisenbahn-Beam-
ten und Pensionäre.

Nächste Voll-Versammlung

am Donnerstag, 13. November 1919, abends 7 Uhr,
im Kolosseum Karlsruhe, Waldstr. 16—18, Saal III.
Allgemeine Aussprache und Satzungsberatung.

Alle aus Elfaß-Lothringen stammenden Reichs-
eisenbahnbeamten, Hilfsbeamten und Pensionäre,
auch die weiblichen, werden dringend gebeten, voll-
ständig und pünktlich zu erscheinen.

Der vorläufige Vorsitzende:
Georg Willweit,
7870
Eisenbahn-Obersekretär, Kronenstr. 40.

Achtung!

Zentralverband der Angestellten.

Die für heute Dienstag abend angelegte

Öffentliche Versammlung

findet der Verkehrsperre wegen

nicht statt.

Treffpunkt aller Kollegen und Kolleginnen
1/8 Uhr im Lokal zur „goldenen
Krone“, Ecke Amalien- und Douglasstraße. 7879
Der Vorstand.

„Selbsthilfe“

Bereinigung der aushilfsweise Angestellten
(eingetragener Verein).

Wir geben hiermit bekannt, daß nunmehr unsere
Geschäftsstelle 7876

Hirschstraße 1, parterre

sich befindet und nachmittags von 1—7 Uhr ununter-
brochen geöffnet ist. Monatsbeiträge einzelner Mit-
glieder können daselbst jederzeit entrichtet werden.

Weiterhin gegen wir bekannt, daß die nächste

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 19. November d. J., abends
7 1/2 Uhr, im Saale des „Elefanten“, Kaiserstraße 42,
stattfindet. Der Vorstand.

Karlsruher Anwaltsverein.

Unsere monatliche Rechtsauskunftsstelle für
Anwender ist während der Wintermonate an
jedem Mittwoch, nachmittags von 2 bis 3 Uhr
geöffnet. 7864
Der Vorstand.

Die Beratungstunde

für das Kleinkind von 2—6 Jahren
findet nun jezt ab jeweils Freitag vormittag von
1/2 10—1/2 11 Uhr statt. 7885

Malerinnen-Verein Karlsruhe e. V.

Ausstellung

von Kunst u. Kunstgewerbe

im Erbprinzen-Schlösschen, Ritterstraße 7
Mittwoch, 12. bis mit Dienstag, 18. November.
Täglich offen von 11—1 und 2—1/2 Uhr. Eintritt 30 S.

Stenotypistinnen

für sofort und später
gesucht.

Es kommen nur nachweisbar erste
Kräfte, die mindestens 180 Silben
stenographieren und wirklich flott
maschinenschreiben für die Posten in
Frage. 7186

Städtisches Arbeitsamt.

Weibliche Abteilung.
Zähringerstraße 100, Zimmer 11.

Geschäfts-Verlegung.

Meiner werten Kundschaft zur gef. Kenntnis, dass ich
unterm Heutigen mein Zigarren-Spezialgeschäft von
Kriegsstrasse 3 a nach

Kriegsstr. 80, neben Hotel Viktoria

verlegt habe und bitte das mir seither entgegengebrachte
Vertrauen auch weiterhin bewahren zu wollen. 7866
Hochachtungsvoll
Max Scheunert.

Einlösung von Zins- und Gewinn-Anteilscheinen.

Nach § 1 der Verordnung des Reichsministers der
Finanzen vom 24. Oktober 1919 sind bei der Einlösung
von Zins- und Gewinn-Anteilscheinen inländischer Wert-
papiere durch Banken oder Bankhäuser die ganzen
Wertpapiere, oder Zins- oder Gewinnanteilscheine mit
den Erneuerungsscheinen bei einer Bankfirma zu
hinterlegen.
Die unterzeichneten Bankfirmen erklären sich zur
Annahme von Wertpapierdepots auf Grund ihrer Geschäfts-
bedingungen bereit, bitten jedoch mit Rücksicht darauf,
dass die vorstehende Verordnung mit dem 1. Dezember 1919
in Kraft tritt, um möglichst frühzeitige Einreichung der
Wertpapiere. 7777

- | | |
|------------------------|-----------------------|
| Badische Bank. | Straus & Co. |
| Veit L. Homburger. | Süddeutsche Disconto- |
| Mitteldeutsche Credit- | Gesellschaft |
| bank. | Vereinsbank Karlsruhe |
| Rheinische Creditbank. | e. G. m. b. H. |

Nach neunjähriger Tätigkeit als I. Techniker im Laboratorium der Herrn Zahnärzte Frey und Mün- zeshheimer, habe ich mich hier

Gabelsbergerstrasse 13, II., nächst dem Gutenbergsplatz, als Dentist niedergelassen. 7863

Karlsruhe, den 5. November 1919.

Hans Cichorius Dentist.

Fernruf 2408

Von der Reise zurück ordiniert

Dr. Bernhard Arnsperger

wieder. 7868
Hirschstr. 51 b. Fernruf 2058.

Kronenstr. 52 Telefon 3747

Hohe Preise
für getragene Herren-Damen-
Kleidungsstücke, Schuhe, Stiefel,
Uhren, Schmucksachen, aller Art,
Musikinstrumente usw.
zahl!
und liefert um gef. Zuschriften.
Weintraub's
An- u. Verkaufsgeschäft

Vergrößerungen

in erstklassiger Ausführung, auch nach
schlechten Vorlagen, liefert Ihnen

Samson & Co.

Atelier für moderne Photographie.
Kaiserpassage 7 Ruf 547.
Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung.

Der Plan über die Aus- legung von Telegraphen- masten in Karlsruhe liegt beim Telegraphenamtkarls- ruhe von heute ab 4 Wochen aus. 7881

Karlsruhe, 8. Nov. 1919.
Ober-Postdirektion.

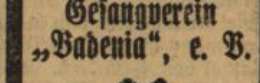
Tierdruck- Verein.

Vier Jahreszeiten.
Mittwoch den 12. Nov.
abends punkt 8 Uhr

Vortrag

„Seelenleben der Tiere“
von Privatgelehrten
Erwin Diemel.
Damen willkommen.
Gäste erbeten. 7880

Gesangverein „Badenia“, e. V.



Lobes-Anzeige.

Wir setzen die ver-
ehrt. Mitglieder von
dem Ableben unseres
langjährigen u. treuen
passiven Mitgliedes
Herrn
Adrian Rösch

hiermit in Kenntnis.
Wir werden demselben
ein treues Gedenken
bewahren.
Zu der am Mitt-
woch 1/3 Uhr statt-
findenden Beerdigung
laden wir zur zahl-
reichen Beteiligung
höflichst ein. 7877
Der Vorstand.

Die Festsetzung der Strafen und Baufluchten in dem Gebiet zwischen Gottesauer, Wolfartsweierer-, Kriegs- und Sommerstraße dahier betr.

In der Bezirksratsitzung vom 23. September 1919
wurden gemäß §§ 3, 5 des Ortsstrafengesetzes vom
15. Oktober 1908 die Strafen und Baufluchten in dem
Gebiet zwischen Gottesauer, Wolfartsweierer-, Kriegs-
und Sommerstraße nach Maßgabe des Antrages des
Stadttrats vom 13. Juni ds. J. und dem vorgelegten
Plane festgesetzt.

Der Plan liegt während zwei Wochen vom Tage
der öffentlichen Bekanntmachung an auf dem Rathaus
3. Stock, Zimmer Nr. 100 zur Einsicht offen.
Karlsruhe, den 4. November 1919.

O. J. 291. Bezirksamt. 7875

Zahlungsaufforderung.

Die Forderungszettel über den außerordentlichen
Staatssteuerzuschlag für 1919 sind am 30. Oktober den
Zahlungspflichtigen zugestellt worden. Wer seinen
Forderungszettel noch nicht erhalten hat, zeige es als-
bald der Steuereinnahmestelle an; sonst muß angenommen
werden, daß auch ihm der Forderungszettel zugestellt
ist. Die Hälfte des Zuschlags muß spätestens am
14. November entrichtet werden. Vom 15. November
an werden Verzugszinsen erhoben und vom 22. November
an Pfändungsanordnungen gebühren erhoben. Gemahnt
wird nicht. Man zahle bargeldlos.
Karlsruhe, den 10. November 1919. 7874
Finanzamt.

Die Abgabe von getragenen Männerstiefeln

aus amerikanischen Geeresbeständen in der neuen städt.
Ausstellungshalle (gegenüber der Festhalle) geschieht nur
auf **Haushaltmarkte (A oder B) Nr. 74** mit
anbängendem Kopfabchnitt. Die Abgabe (zunächst auf
Haushaltmarkte B) hat Montag, den 10. ds. Mts. be-
ginnen. (Verkaufszeit von 9—4 Uhr.) Die Haushalt-
markte Nr. 74 nebst Kopfabchnitt ist solange auf-
zubewahren, bis alle Haushaltungen (in der Reihen-
folge der Badernummern) aufgerufen sind. 7882
Karlsruhe, den 10. November 1919.
Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung. 7889

Am Mittwoch, den 12. und Donnerstag,
den 13. November ds. J., steht Kraftstrom
in gleichem Umfange zu denselben Zeiten wie
an den übrigen Wochentagen zur Verfügung.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Sundsachen.

Gemäß unserer Bekanntmachung vom 8. Oktober
ds. J. werden die in den Wagen der städtischen
Straßenbahn und der Karlsruher Lokalbahnen in der
Zeit vom 1. April bis 30. Juni ds. J. gefundenen
Gegenstände: Damen- und Herrenhüte, Stöcke,
Körbe, Bücher, verschiedene Taschen und Geldbeutel,
Uhren, Schmuckstücke, Geldscheine und dergl. am Freitag,
den 14. November ds. J. vormittags 9 Uhr
im Mannschaftsraum unseres Verwaltungs-
gebäudes, Tullastraße 71, öffentlich meistbietend
gegen Barzahlung versteigert. 7883
Karlsruhe, den 8. November 1919.
Städtisches Bahnamt.

Offenburger Anzeigen.

Die Instandhaltung der Kinzig betreffend.

Das Weiden an den Kinzigdämmen und auf den
Vorländern hat nach Mitteilung der Rheinbahninspektion
Offenburg in letzter Zeit sehr zugenommen. Wenn dem
Weiden im Flußbereich nicht Einhalt geboten wird, ist
zu befürchten, daß bei nassem Wetter umfangreiche
Beschädigungen an der Kalendede entstehen, die bei
Hochwasser den fußbäulichen Anlagen gefährlich wer-
den können. Auch ist mehrfach von den Personen, die
das Vieh hüten, im Vorland und an den Dämmen
Feuer gemacht und die Kalendede verbrannt worden.
Unter Bezugnahme auf § 123 Absatz 1 und Absatz 2
Ziffer 1 der Vollzugsverordnung zum Wassergesetz vom
12. April 1913 — Gesetzes- und Verordnungsblatt 1913
S. 311 ff. — bringen wir zur öffentlichen Kenntnis,
daß das Weiden im Flußbereich der Kinzig verboten
ist. Die Feldhüter sind angewiesen, Uebertretungen
unmissverständlich zur Anzeige zu bringen, damit die Schul-
digen zur Verantwortung gezogen werden können.
Offenburg, den 7. November 1919. 7886
Bürgermeisteramt.

Kraut-Versorgung.

Die Abgabe des bestellten Krautes und der Gelbe-
rüben erfolgt gegen Vorzeigen der Bestellquittung von
heute nachmittags ab in der landwirtschaftl. Halle. Zu-
vor hat Zahlung auf der Kommunalverbandsverrech-
nung (Kornstraße 4 Zimmer Nr. 3) zu erfolgen. Der
Preis für Kraut beträgt M. 16.— und für Gelberüben
M. 15.— für 1 Ztr. Die Anweisarten und Bestell-
scheine sind bei der Zahlung mitzubringen.
Offenburg, den 10. November 1919. 7888
Städt. Lebensmittelamt.

Fett-Versorgung.

Am Mittwoch wird verkauft: Margarine, Koffmenga,
100 Gram (1 Pfd. M. 4.90) gegen die Fettmarke J 35
in sämtlichen Fettverkaufsstellen.
Anmerkung für die Hausfrauen: Die Margarine
wird Dienstag mittag von 2—4 Uhr in der Milch-
zentrale abgegeben; Gefäße sind mitzubringen. Karren-
abrechnung vormittags. 7887

Offenburg, 10. November 1919.
Städt. Lebensmittelamt.